

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 02. Juli 2009

Antrags-Nr. 09-F-25-0066

**Umsetzung der sozialrechtlichen Form öffentlich geförderter Beschäftigung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 24.06.2009 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Wiesbaden als Optionskommune verfügt über ein breites Spektrum an Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten zur beruflichen Integration von Jugendlichen und Erwachsenen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Verschiedene Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsgesellschaften bieten eine Vielzahl von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten an, um für auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen durch individuelle Förderung und Unterstützungsmaßnahmen Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden, darunter auch die sozialrechtliche Form öffentlich geförderter Beschäftigung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den verschiedenen Projekten engagieren, denjenigen, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende oder Sozialhilfe erhalten, eine Chance auf Wiedereingliederung in das Berufsleben zu eröffnen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt all die Menschen, die an den Angeboten der Integrations- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen teilnehmen, um dadurch einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert alle Versuche, durch persönliche Angriffe und unsachliche Kritik die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Projekten und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der sozialrechtlichen Umsetzung öffentlich geförderter Beschäftigung zu verunsichern, wie es zuletzt gegenüber dem Projekt „Fast wie neu. - Das KaufHaus im BauHaus“ der Bauhauswerkstätten geschehen ist.

Protokollnotiz Nr. 0336

Vertagung aus Zeitgründen auf den 17.09.2009

Wiesbaden, .07.2009

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin